



Der Weg zu Frauenwahlrecht und Demokratie

– Eine Zeitleiste –



Gleiches (Wahl)Recht für alle:

Viele Jahrzehnte kämpfen Frauen in Deutschland für ihr Recht auf politische Beteiligung. Die Revolution von 1918 bringt ihnen endlich das Wahlrecht. Bei den ersten demokratischen Wahlen – am 5. Januar 1919 zur Badischen Nationalversammlung, am 12. Januar 1919 zur Nationalversammlung in Württemberg und am 19. Januar zur Deutschen Nationalversammlung – können Frauen und Männer wählen und gewählt werden.



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Olympe de Gouges fordert 1791 die volle Gleichberechtigung auch für Frauen. In ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin“ heißt es in Artikel 1: „Die Frau wird frei geboren und bleibt mit dem Manne gleich in allen Rechten.“ Ihre revolutionäre Forderung bezahlt sie mit dem Leben. Am 3. November 1793 wird sie durch die Guillotine hingerichtet.

Die Französische Revolution stürzt den König ins Reich. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sind die Forderungen der Revolutionäre für Männer.

Baden und Württemberg verdanken Napoleon I. ihren Aufstieg. Beide Staaten unterstützen den französischen Kaiser bei seinen Eroberungskriegen – und werden dafür belohnt: Württemberg wird zum Königreich, Baden zum Großherzogtum befördert.

Im Königreich Preußen wird das indirekte Dreiklassen-Wahlrecht eingeführt. Über Abgeordnetenhäuser wählen. Die Wähler werden nach ihrem direkten Steuereinkommen in drei Klassen eingeteilt. Die Stimmen gelten nicht gleich. Die der Reichen in der ersten Klasse haben ein größeres Gewicht: Vier Prozent der Wahlberechtigten wählen genauso viele Wahlmänner wie die dritte Klasse (82% der Wahlberechtigten). Frauen sind vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Erste Frauenkonferenz
Vom 16. bis 19. Oktober 1865 findet in Leipzig die erste Frauenkonferenz Deutschlands statt. Am 18. Oktober schließen sich erstmals in der deutschen Geschichte Bürgerinnen zusammen, um sich für die Rechte von Frauen vor allem in Bildung und Beruf einzusetzen. Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt gründen den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF). Es ist die Geburtsstunde der organisierten Frauenbewegung in Deutschland.

Scheitern der Revolution
Im Sommer 1849 scheitert die demokratische Revolution. Der letzte Aufstand der Demokraten wird am 23. Juli 1849 militärisch niedergeschlagen. Die Festung Rastatt wird unter der Führung von preußischen Truppen eingenommen. Es kommt zu Hinrichtungen und Verhaftungen. Viele Revolutionäre und Revolutionärinnen flüchten ins Exil.

Frauenbildungsverein
Ehemalige Aktivistinnen der 1848er-Revolution gründen 1865 einen Neuanfang. Am 7. März gründen Louise Otto-Peters, Henriette Goldschmidt und Ottilie von Steyber in Leipzig den Frauenbildungsverein.

Hedwig Dohm (1831–1919)
Hedwig Dohm, Vordenkerin der politischen Gleichberechtigung für Frauen, fordert 1873 unter der Losung „Wahlrecht ist Menschenrecht“ das Wahlrecht für Frauen. Bei den moderaten Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung findet sie zunächst kaum Unterstützung.

Proletarische Frauenbewegung
1891 kehrt die Sozialdemokratin Clara Zetkin aus dem Exil in Paris zurück und zieht nach Stuttgart. Sie wird zur prägenden Figur der proletarischen Frauenbewegung, die in den 1880er Jahren entstanden ist. 1892 gründet sie die sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“. Die proletarische Frauenbewegung kämpft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen und sieht die Frauenfrage als Teil des Klassenkampfes. Zu ihren Hauptforderungen gehören die rechtliche Gleichstellung der Frauen und das Frauenwahlrecht.

Clara Zetkin (1857–1933)
Im Reichstag stellt die SPD-Fraktion den Antrag auf ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht auch für Frauen. Der Antrag wird von den anderen Parteien abgelehnt.

»Weltbund für das Frauenwahlrecht«
In Berlin findet der „Internationale Frauenkongress“ mit 2.000 Teilnehmerinnen statt. Der „Weltbund für das Frauenwahlrecht“ („Internationale von Antia Auspurg und Marie Stritt“ gegründet).

»Reichsvereinsgesetz«
Das neue „Reichsvereinsgesetz“ erlaubt es Frauen, Mitglied in politischen Vereinen und Parteien zu werden.

Erster Internationaler Frauentag
Auf Initiative von Clara Zetkin und Käthe Duncker findet der erste „Internationale Tag der Frau“ statt. Zentrale Forderung ist das Frauenwahlrecht. Als „Internationaler Frauentag“ wird dieser Tag weltweit bis heute am 8. März begangen.

»Erklärung der Wahlrechtsfrage«
1917 wird deutlich, dass der deutsche Kaiser Wilhelm II. bei einer Stimmentrechtsreform die Rechte der Frauen nicht berücksichtigen will. Frauenvertreterinnen legen deshalb dem Preußischen Landtag die „Erklärung der Wahlrechtsfrage“ vor und verweisen auf die große Einsatzbereitschaft der Frauen im Krieg – ohne Erfolg.

5. Januar 1919
Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung
Am 5. Januar 1919 findet die Wahl zur „Verfassunggebenden Nationalversammlung“, dem späteren Landtag, in Baden statt. Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt bei 88,8%. Unter den 107 Abgeordneten sind neun Frauen – etwa Therese Blase, Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen Badens, und die Frauenrechtlerin Marianne Weber von der DDP.

12. Januar 1919
Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung in Württemberg
Bei der Wahl zur „Verfassunggebenden Nationalversammlung“ in Württemberg liegt die Wahlbeteiligung der Frauen bei 90,9%. Unter den 150 Abgeordneten sind 13 Frauen. Zu ihnen gehören Clara Zetkin für die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und die Frauenrechtlerin Marianne Weber von der DDP in Württemberg Mathilde Planck.

19. Februar 1919
Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)
Am 7. Oktober 1949 erfolgt die Gründung der DDR. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern steht auch in der DDR-Verfassung. Bis 1990 existieren zwei deutsche Staaten. Die Macht in der DDR hat die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Freie demokratische Wahlen zur Volkskammer sind nicht vorgesehen. Ideologisch schreibt sich die SED die Gleichstellung der Frauen auf die Fahne.

Gleichberechtigung im Grundgesetz
Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es in Artikel 3(2): „Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“ Dieses Grundrecht ist vor allem der SPD-Politikerin Elisabeth Selbert zu verdanken.

Baden-Württemberg »Chancengleichheitsgesetz«
Der Landtag von Baden-Württemberg verabschiedet das „Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg“.

Frauen im Landtag
Schlüsseltag in Deutschland: Nach den Landtagswahlen 2016 liegt der Anteil weiblicher Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg bei 24,5%.

1789
Französische Revolution

1806
Baden und Württemberg

1819
Königreich Württemberg

1849
Scheitern der Revolution

1865
Erste Frauenkonferenz

1873
Hedwig Dohm

1891
Proletarische Frauenbewegung

1895
Clara Zetkin

1904
»Weltbund für das Frauenwahlrecht«

1908
»Reichsvereinsgesetz«

1911
Erster Internationaler Frauentag

1914-1918
Erster Weltkrieg

5. Januar 1919
Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung

12. Januar 1919
Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung in Württemberg

19. Februar 1919
Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Gleichberechtigung im Grundgesetz

Baden-Württemberg »Chancengleichheitsgesetz«
Frauen im Landtag

1804
Kaiser Napoleon I.

1818
Großherzogtum Baden

1848
Revolution

1850
Preußen verschärft das Vereinsgesetz

1871
Reichsgründung

1890
Ende des Sozialistengesetzes

1894
Bürgerliche Frauenbewegung

1902
»Frauenstimmrechtsvereine«

1907
Baden Mitbestimmung für Frauen in der Gemeinde

1910
»Reichsverband für Frauenstimmrecht«

1912
»Frauenstimmrechtskongress«

1916
»Novemberrevolution«

Januar 1919
Wahlen in Baden, in Württemberg und auf Reichsebene

1919-1933
Weimarer Republik

1933-1945
Nationalsozialistische Diktatur

1939-1945
Zweiter Weltkrieg

1949
Gründung von Baden-Württemberg

18. Mai 1848
Wahl zur Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main

Emma Herwegh (1817–1904)
Emma Herwegh unterstützt ihren Mann, den Dichter Georg Herwegh, bei der Vorbereitung des Marsches der Deutschen Legion aus Paris nach Baden. Sie verhandelt mit Friedrich Hecker über den Einsatz der Legion beim Aufstand.

Amalie Struve (1824–1862)
Amalie Struve nimmt am Heckerzug teil und versucht, die Frauen für die Revolution zu mobilisieren.

Louise Otto (1819–1895)
Louise Otto gründet in Leipzig die erste Frauen-Zeitung unter dem Motto „Dem Reich der Freiheit werb ich Bürgerinnen.“ Schon 1843 fordert sie: „Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.“

Amila Auspurg (1857–1943)
Das Versammlungsrecht wird etwas gelockert und erlaubt nun auch Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen – allerdings ohne Rederecht und nur in einem von den Männern abgetrennten Teil des Versammlungssaales.

12. November 1918
Wahlrecht für Frauen
Frauen erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Am 12. November erklärt die Übergangsregierung des „Rats der Volksbeauftragten“: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu vollziehen.“ Die Wahlgesetze in Baden (20. November 1918) und Württemberg (21. Dezember 1918) bestätigen das Reichswahlgesetz. Erstmals werden demokratische Wahlen für Frauen und Männer möglich.

1918
»Novemberrevolution«
Die Revolution vom 9. November 1918 stürzt das Kaiserreich und die Monarchie in allen deutschen Ländern. Am 11. November wird die Weimarer Republik ausgerufen. Der Großherzog von Baden, Friedrich II., dankt am 22. November, der König von Württemberg, Wilhelm II., am 30. November ab.

1919-1933
Weimarer Republik
Die neue Republik bringt das Frauenwahlrecht und erweitert die politischen Rechte und Pflichten von Frauen.

1933-1945
Nationalsozialistische Diktatur
Wahlen spielen in der Diktatur der Nationalsozialisten keine Rolle. Bis 1945 finden vier sogenannte Reichstagswahlen statt. Frauen werden den Männern untergeordnet, ihnen wird das passive Wahlrecht entzogen. Die Frauenbewegung wird ausgeschaltet.

1939-1945
Zweiter Weltkrieg
Am 1. September 1939 beginnt mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen der Zweite Weltkrieg. Der verheerende Krieg endet mit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945. Deutschland wird in Besatzungszonen aufgeteilt.

1949
Gründung von Baden-Württemberg
Der Landtag von Baden-Württemberg verabschiedet das „Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg“.

1952
Gleichberechtigungsgesetz
Das erste „Gleichberechtigungsgesetz“ tritt in Kraft. (Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts). Abgeschafft wird unter anderem das Alleinvertretungsrecht des Mannes in der Ehe.

1968
»Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz«
Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (auch „Antidiskriminierungsgesetz“) wird im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es soll Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern.

1994
Grundgesetz
Artikel 3 des Grundgesetzes wird ergänzt und weist dem Staat eine aktive Rolle zu: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

2006
»Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz«
Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (auch „Antidiskriminierungsgesetz“) wird im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es soll Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern.

2017
Frauen im Bundestag
Nach der Bundestagswahl 2017 liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag bei 31%.

2017
Frauen im Bundestag
Nach der Bundestagswahl 2017 liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag bei 31%.

»Ich fordere, dass Frauen bei denjenigen Gesetzen,
welche sie selbst betreffen, eine Stimme haben. Ich fordere diese Stimme
für sie auch da, wo es gilt, Vertreter des ganzen Volkes zu wählen –
denn wir Frauen sind ein Teil dieses Volkes.«

Louise Otto-Peters

(1819–1895)

Begründerin der bürgerlichen Frauenbewegung

Bildnachweise:

1. Olympe de Gouges, Pastell von Alexander Kucharski, wiki comm
2. 1804: Napoleon I. Porträt als Kaiser der Franzosen, 1805, von Jacques-Louis David, wiki comm
3. Wappen Großherzogtum Baden, LMZ
4. Wappen Königreich Württemberg, LMZ
5. Baden 1818: Ansicht des Ständehauses von 1822 (GLAK J-B Karlsruhe Nr. 112)
6. Württemberg 1819: Halbmondsaal der Zweiten Kammer des Württembergischen Landtags, Lithographie von Jakob Heinrich Renz, 1833, LMZ
7. Revolution 1848: Georg Böhning, Amalie Struve und Friedrich Hecker in der für die Revolutionäre typischen Bekleidung mit blauer Bluse und Hut, Handzeichnung um 1848, LMZ
8. Emma Herwegh, LMZ
9. Amalie Struve, 1848 in Offenburg, LMZ
10. Louise Otto, Picture Alliance
11. Abgeordnete der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, Gerhard Delius 1848, Deutsches Historisches Museum Berlin
12. „Dreiklassenwahlrecht“, Picture Alliance
13. „Führerinnen der Frauenbewegung in Deutschland“, „Illustriertes Familienblatt. Die Gartenlaube“, 1894, Archiv der Deutschen Frauenbewegung, Kassel
14. Hedwig Dohm, Picture Alliance
15. Clara Zetkin, 1892, LMZ
16. Bürgerliche Frauenbewegung, Timeline images
17. Anita Augspurg, Picture Alliance
18. Broschüre des Vereins für Frauenstimmrecht 1907 – Titelblatt: Lida Gustava Heymann: Gleiches Recht, Frauenstimmrecht. Wacht auf Ihr deutschen Frauen aller Stände, aller Parteien, München 1907, Cover, Bestand Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel
19. Plakat Frauentag 1914 „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“, LMZ
20. Frauenstimmrechtskongress 1912, Picture Alliance
21. Straßenbahnschaffnerinnen, Stadtarchiv Karlsruhe PBS_oVI-78
22. Helferin Rotes Kreuz, Stadtarchiv Karlsruhe DigN_02_21
23. Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, 1910, Picture Alliance
24. Revolution in Stuttgart, LMZ
25. Wahlplakat, Picture Alliance
26. Therese Blase, Landesarchiv Baden-Württemberg Generallandesarchiv Karlsruhe (231 Nr. 2937 (834) Bild 1 (4-1384835-1), erstellt etwa 1920
27. Marianne Weber, wiki comm
28. Elly Heuss-Knapp, aufgenommen im Jahr 1905, Familienarchiv Heuss, Basel/Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart
29. Mathilde Planck, LMZ
30. Marie Juchacz, um 1930, Picture Alliance
31. Anna Blos, LMZ
32. Mutterkreuz, Verleihung 1941, Picture Alliance
33. Elisabeth Selbert, Picture Alliance
34. Neue Frauenbewegung, Demonstration in Freiburg, Archiv für Soziale Bewegungen, Freiburg
35. Karikatur, HOGLI

Impressum:

Herausgegeben von der:
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Fachbereich Politische Landeskunde u. Frauen und Politik
Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, www.lpb-bw.de
Text und Redaktion: Dr. Iris Häuser, Beate Dörr
Gesamtherstellung: VH-7 Medienküche, Stuttgart
Dezember 2018